

Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik Dr. Kohl und dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt der Bundesrepublik Deutschland Bahr sowie auf die Gespräche zwischen dem Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Kohrt und dem Beauftragten des Senats von Westberlin Senatsdirektor Müller. Diese Gespräche wurden bekanntlich auf Initiative des Vorsitzenden des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genossen Willi Stoph, eingeleitet. Wir haben sie unsererseits immer vom Standpunkt der Entspannung und der friedlichen Koexistenz geführt. Wir sind gewiß, daß angesichts der jüngsten Fortschritte sich die Dinge gut entwickeln werden. An uns soll es nicht liegen.

Frage:

Ich möchte einige Fragen stellen, die die Westberlin-Vereinbarung direkt betreffen. Was ergibt sich in dieser Hinsicht Neues von entscheidender Bedeutung?

Antwort:

Es ist von besonderer Bedeutung für die Ausschaltung von Konflikten und für die Sicherheit Europas, daß die drei Westmächte zum ersten Male in völkerrechtlich verbindlicher Form unterschrieben haben, daß Westberlin kein Bestandteil der Bundesrepublik ist und nicht von ihr regiert wird. Das entspricht den völkerrechtlichen Gegebenheiten, die die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Deutsche Demokratische Republik jederzeit vertraten. Von den drei Mächten wird bestätigt, daß Bestimmungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik und der in Westberlin geltenden Verfassung, die mit der genannten Feststellung nicht übereinstimmen, außer Kraft gesetzt sind und nach wie vor keine Gültigkeit haben.

Frage:

In Zusammenhang damit steht ja der Abbau der sogenannten Bundespräsenz in Westberlin. Wie wirkt er sich im einzelnen aus?

Antwort:

Die drei Mächte haben - wie aus den Anlagen zum Vierseitigen Abkommen ersichtlich ist - ausdrücklich erklärt, daß der Bundespräsident, der Bundeskanzler, die Bundesregierung, die Bundesversammlung, der Bundestag und der Bundesrat einschließlich ihrer Ausschüsse und Fraktionen, die Bundesminister, die Ministerien sowie ihre Zweigstellen und alle Bundesgerichte sowie andere staatliche Einrichtungen der Bundesrepublik in Westberlin keine konstitutionellen oder Amtshandlungen